

# Erneuerbare Energien: Die wahren Kosten der Energiewende werden hemmungslos kleingerechnet\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 11. Dezember 2021

*Dagmar Jestrzemiński (Red. PAZ)\**

**Eine Studie klammert die externen Belastungen durch den Ausbau der Solar- und Windkraftenerzeugung einfach aus.**

**Auch die ökologischen und gesundheitlichen Einschnitte werden ignoriert**

Terminlich genau abgestimmt, veröffentlichten Wissenschaftler des Forschungszentrums Jülich (FZJ) zwei Tage vor der Bekanntgabe des **Koalitionsvertrags** am 25. November eine noch von der alten Bundesregierung in Auftrag gegebene Kostenberechnung für den Umbau des Energiesystems hin zu Erneuerbaren Energien und einer „klimaneutralen“ Energiewirtschaft. Nach dem Willen der alten wie auch der künftigen Bundesregierung soll **Deutschland bis 2045 CO<sub>2</sub>-neutral** werden und damit fünf Jahre früher als EU-weit. Strom und Wasserstoff sollen komplett aus Erneuerbaren Energien erzeugt werden.

Laut der Simulationsanalyse der Jülich-Forscher wird die Energieversorgung durch den Aufbau der neuen Energieversorgungsstruktur **für die Wirtschaft und die Stromverbraucher jährlich mindestens 40 Milliarden Euro teurer als unter den jetzt herrschenden Bedingungen**. Der Kostenberechnung liegt ein Strommix aus Fotovoltaik, Biomasse, Geothermie und anderen Quellen mit der Windenergie als Säule der Energiewende zugrunde.

**Für die Bürger ist es eine schlechte Nachricht**, dass die Belastung durch hohe Strompreise bleibt und weiter zunehmen wird. Geschuldet ist dies den hohen Investitionskosten für immer mehr neue und „repowerte“ Wind- und Solarstromanlagen mit vergleichsweise kurzer Lebensdauer. Bereits nach zehn Jahren geht der Wirkungsgrad von Windparks stetig zurück. Am teuersten ist der Offshore-Anteil am Windstrom, der von heute vier Prozent auf 25 Prozent steigen soll.

**„Linke Tasche, rechte Tasche“**

Die neuen Ausbauziele sind 20 Gigawatt (GW) Offshore-Anteil bis 2030 und 40 GW bis 2040. Seit dem Ende des EEG-Förderzeitraums 2020 werden die Erlöse, die der Windstrom erzielt, von den schwankenden Marktpreisen an

der Strombörse bestimmt. Jetzt fordert die Offshore-Branche von der Bundesregierung eine neue Garantie für die Windparkbetreiber. Man bezieht sich dabei auf eine Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), wonach *„nicht in allen Fällen davon ausgegangen werden kann, dass eine wirtschaftliche Realisierung von Windenergieanlagen auf See ohne zusätzlichen Förderbedarf möglich ist“*.

Unter Hinweis darauf verlangen die Branchennetzwerke vom BMWi die Zulassung sogenannter beidseitiger Differenzverträge im Bieterverfahren für Windkraftprojekte. Gleichzeitig schlagen sie vor, die EEG-Umlagekosten in einen steuerfinanzierten Fonds auszulagern.

Der Bundestag lehnte im vergangenen Jahr die Genehmigung von Differenzverträgen ab, „weil damit die Fördernotwendigkeit für erneuerbare Energien (und gegebenenfalls für andere neue Technologien im Strommarkt) dauerhaft manifestiert“ werde. Sollte die neue Bundesregierung auf die Forderung der Windindustrie eingehen, müsste sie eine neue Kostenberechnung für den Umbau des Energiesystems erstellen. Die Kosten würden dann wegen bleibender externer Effekte sinken, die Stromkunden aber infolge der steigenden Systemkosten nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“ nicht ent-, sondern erneut belastet werden.

### **Starker politischer Einfluss**

Nun zum FZJ: Das Forschungszentrum finanziert seine Projekte und die Gehälter der 6800 Mitarbeiter im In- und Ausland zu mehr als 90 Prozent aus öffentlichen Geldern. Die Mittel kommen überwiegend vom Bund und zum kleineren Teil vom Land Nordrhein-Westfalen. Der Rest entsteht durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Dementsprechend wird der Aufsichtsrat der Forschungszentrum Jülich GmbH von der Bundesregierung und vom Land NRW dominiert: Vier der zwölf Posten besetzt der Bund und einen das Land NRW. Als Aufsichtsratsvorsitzender fungiert ein Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Ist also die kraft Grundgesetzartikel 5 Absatz 3 garantierte Freiheit der Forschung überhaupt noch denkbar?

### **Tunnelblick auf „Treibhausgas“**

**Im Dezember 2016 kritisierte der Bundesrechnungshof die Klimapolitik der Bundesregierung:**

Diese habe *keinen Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Energiewende*. Fragen wie „Was kostet die Energiewende den Staat oder was sollte sie ihn kosten?“ würden nicht gestellt und blieben somit unbeantwortet. Inzwischen liegt eine verspätete Kostenberechnung vor, jedoch ohne Erwähnung der externen Kosten der Energiewende, geschweige denn deren Bezifferung. Jedes solide privatwirtschaftliche Unternehmen erwartet, dass seine Berater die internen und externen Kosten miteinander verrechnen, damit der betriebliche Fortbestand gewährleistet

ist – nicht so die alte Bundesregierung.

**Die Ökobilanz von Strom aus Windkraft und Fotovoltaik ist verheerend,** wird aber geschönt durch den ausschließlichen Blick des Umweltbundesamtes auf die „Treibhausgas“-Potentiale im Vergleich mit der konventionellen Stromerzeugung.

Weltweit zahlen die Bewohner der ländlichen Regionen einen hohen Preis für den Ausbau des angeblich „grünen“ und „sauberen“ Wind- und Solarstroms. Denn die Klimapolitik einer abgehobenen Elite steht unserem Nachhaltigkeitsziel wie auch dem Gebot der Verhältnismäßigkeiten in unserer Verfassung diametral entgegen. **Flächenfraß und Landschaftszerstörung, Wertverlust von Immobilien, gesundheitliche Probleme zahlloser Menschen durch den Lärm der Windräder, Heimatentfremdung und Landflucht, Einbußen im Bereich des Tourismus** sind bekannte, aber unzureichend dokumentierte Begleiterscheinungen der massiv ausgebauten Wind- und Solarenergie auch für die elektrifizierte Mobilität.

Ausgelagert aus der Kostenrechnung, verdrängt und abgespalten, nimmt auch weit entfernt von uns **im globalen Süden die Zerstörung der Lebensräume von Menschen, Pflanzen und Tieren durch einen exzessiven Bergbau** ihren Lauf. Unser maßloser Rohstoffhunger auf Metalle für den Bau von demnächst 300 Meter hohen Windrädern und immer größeren Batteriespeichern für unser Stromversorgungssystem wird rücksichtslos befriedigt.

*„Die Bedeutung und die Vielfalt der Speichieranwendungen ist bereits hoch und nimmt weiter zu“* (Bundesnetzagentur, März 2021) – und damit ein neuer Kolonialismus der Industrienationen, der wie sein historisches Vorbild auf Unrecht fußt. Der „Spiegel“ veröffentlichte dazu vor einigen Wochen eine aufrüttelnde Reportage. Es fehlte jedoch die Stellungnahme: Das ist moralisch nicht zu rechtfertigen!

### **Umweltzerstörung hingenommen**

Da seit 2020 immer mehr ausgediente Windräder zurückgebaut werden müssen, sind Probleme durch damit verbundene Materialschlachten unausweichlich. Externe Kosten fallen an, wenn das vom Europäischen Gerichtshof im März erlassene individuelle Tötungsverbot von Wildtieren zukünftig aus Gründen des „öffentlichen Interesses“ missachtet werden sollte. Durch die Festlegung auf ein CO<sub>2</sub>-zentriertes Weltbild erhielt der Schutz der Biodiversität und damit unseres Lebens, so wie wir es kennen, fatalerweise eine nachrangige Bedeutung. Politiker, die „Fridays for Future“-Jugend und zahllose Medienleute nehmen Umweltzerstörung und den Tod ungezählter Vögel, Fledermäuse und Insekten als Preis für den Ausbau der Erneuerbaren Energien stillschweigend hin, wenn sie mehr „Klimaschutz“ und die Elektrifizierung der Mobilität durch „grünen“ Strom einfordern.

**Einwände prallen an der Politik ab**

Was nützt aber ein „vorbildliches, klimaneutrales“ Deutschland seiner Bevölkerung und dem Rest der Welt, **wenn es hier in 20 Jahren kaum noch Vögel auf den Feldern und zu wenig Insekten und damit keine Pflanzenbestäuber mehr gibt?** Deutschland sollte sich bei der Verurteilung der Regenwaldrodung zurückhalten, da die Bedeutung der Wälder für das Klima im eigenen Land ohne Weiteres relativiert wird, wenn es um den Ausbau der Windkraft geht. Das gipfelt in der Anpreisung der angeblich klimaneutralen Holzverbrennung. Aufrufe von Wissenschaftlern zur Änderung dieser offenkundigen Fehlbewertung prallen an der obersten politischen Ebene ab.

Auch in diesem Jahr ließen Regierungen in aller Welt die regionale Abnahme der Windgeschwindigkeiten (die PAZ berichtete) infolge der fortschreitenden Abschöpfung von Strömungsenergie durch wissenschaftliche Studien prüfen – jedoch nicht, um die Auswirkungen auf die Wind- und Wettersysteme besser zu verstehen, sondern um noch „freie Plätze“ für eine gewinnträchtige Windausbeute ausfindig zu machen. Auf eine diesbezügliche Anfrage erteilte das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum die vielsagende Auskunft:

*„Die externen Kosten der Erneuerbaren Energien sind erst ansatzweise erforscht.“*

Aus einem Institut wie dem FZJ wird vermutlich keine abweichende Haltung oder Stellungnahme einzelner Wissenschaftler nach außen dringen. Etwa die Forderung, die Bundesregierung möge Milliarden Euro in die Entwicklung kleiner, moderner Reaktoren stecken wie Frankreich und immer mehr Länder weltweit. Bund und Länder investierten stattdessen Milliarden in die Windkraft-Forschung. Zerstörte Landschaften und Verwüstungen lassen sich aber nicht erneuern oder rückgängig machen.

### **Wundern über Deutschland**

Auch **China** investiert in die Fotovoltaik und die Windkraft, baut aber zudem Kohle- und Gas- sowie Atomkraftwerke als Zwischenlösung, und forscht gleichzeitig massiv zur wahrscheinlichen Schlüsseltechnologie Kernfusion. Nicht nur in China dürfte erhebliche Verwunderung über Deutschlands eingleisiges Modell der Energieerzeugung herrschen, ein Modell, das mit einer schwankenden Stromerzeugung und externen Kosten in unverhältnismäßigem Umfang verbunden ist. Deren Berechnung verweigert die Regierung bisher. Es werden aber Forderungen nach finanzieller Entschädigung auf dem Tisch liegen und zu begleichen sein.

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung;**

10. Dezember 2021, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*; EIKE-Redaktion.

=====

---

# **Globales Klima: Wie Kohlendioxid die Menschheit vor Hungerkatastrophen bewahrt\***

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 11. Dezember 2021

*Wolfgang Kaufmann* (Red.PAZ)\*

**Klima-Apokalyptiker sprechen von CO<sub>2</sub>, als sei es ein Teufelszeug, das den Planeten dem Untergang weiht.**

**Ein Blick in die Menschheitsgeschichte und jüngste Forschungsergebnisse offenbaren etwas anderes**

Der anatomisch moderne Mensch (Homo sapiens) existiert seit mindestens 300.000 Jahren und wäre in der Anfangsphase seiner Entwicklung mehrmals um ein Haar ausgestorben – vor allem während längerer Kältephasen. Möglicherweise lebten streckenweise nur wenige hundert Vertreter unserer Spezies auf der Erde. Darauf deutet der sogenannte „Genetische Flaschenhals“ hin, welcher für die erstaunlich geringe genetische Vielfalt des Menschen steht.

Seit rund 40.000 Jahren kennt die Bevölkerungskurve dann freilich nur noch eine Richtung, nämlich nach oben. Zur Zeit von Christi Geburt umfasste die Menschheit wohl bereits um die 300 Millionen Exemplare, zwischen 1800 und 1850 wurde die Schwelle von einer Milliarde überschritten. Dem bisherigen kontinuierlichen, aber langsamen Wachstum folgte ein nachgerade explosionsartiger Anstieg seit der Mitte des 20. Jahrhunderts: Zwischen 1940 und 2010 kam es zu einer Verdreifachung der Erdbevölkerung von 2,26 auf 6,96 Milliarden. Und nunmehr leben schon rund 7,8 Milliarden Menschen auf der Erde.

Angesichts des damaligen Geburtenüberschusses sagte der englische Nationalökonom **Thomas Robert Malthus 1798** katastrophale globale Hungersnöte voraus, weil die Nahrungsmittelproduktion künftig nicht mehr

mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten könne. Doch damit lag er falsch. Zwar traten tatsächlich immer wieder schwere lokale Versorgungskrisen durch Missernten, Kriege und politische Fehlentscheidungen auf, wie in Indien (1866, 1876–1878 und 1943/44) oder China (1876–1879, 1896/97, 1928/29 und 1959–1961) mit möglicherweise über hundert Millionen Toten. Dennoch kam es deswegen zu keinem Stopp der deutlichen Zunahme der Gesamtbevölkerung auf unserem Planeten infolge eines globalen Mangels an Nahrungsmitteln.

### **Horrorszenario blieb aus**

Die sich rasant vermehrende Menschheit tappte also nicht in die „Malthusianische Falle“, obwohl sie viel Agrarland durch Übernutzung oder Überweidung veröden ließ und auch sonst nur wenig schonend mit den natürlichen Ressourcen umging. **Dieser Erfolg wird zumeist auf massive Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft zurückgeführt.** Als deren Ursache wiederum gelten vor allem eine effektivere Arbeitsteilung, innovative Anbau- und Haltungsmethoden sowie deutliche Verbesserungen bei der Bekämpfung von Schädlingen beziehungsweise beim Tier- und Pflanzenschutz.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. **Mindestens genauso positive Effekte zeitigte die mittelalterliche Klimaerwärmung zwischen etwa 900 und 1400,** als es noch keine Technisierung in der Landwirtschaft gab. **Die Warmphase sorgte nicht nur für höhere Erträge an traditionellen Standorten, sondern auch für eine lange nachwirkende Ausweitung der nutzbaren Bodenfläche.**

**Und dann wäre da noch das Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), welches angeblich für die aktuelle „Erderhitzung“ verantwortlich ist** – ganz egal, ob es nun aus natürlichen Quellen stammt oder vom Menschen durch die Verbrennung fossiler Energieträger freigesetzt wird. Der CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre soll seit Beginn der Industrialisierung um 1750 von rund 280 ppm (parts per million oder Teile pro Million) auf jetzt deutlich über 400 ppm gestiegen sein, wobei die Zunahme seit 2000 von den Klimaforschern auf zwei bis zweieinhalb ppm pro Jahr geschätzt wird. **Pflanzen benötigen CO<sub>2</sub> für die Photosynthese,** bei der mit Hilfe von Licht aus energiearmen anorganischen Stoffen wie eben Kohlendioxid und Wasser energiereiche organische Verbindungen entstehen, welche die Grundlage der Ernährung von Tier und Mensch darstellen. Ganz abgesehen davon, dass „nebenher“ auch noch der ebenfalls unverzichtbare Sauerstoff in die Atmosphäre abgegeben wird.

### **50 Prozent mehr Mais durch CO<sub>2</sub>**

**Daraus lässt sich logisch schlussfolgern, dass ein Anstieg des CO<sub>2</sub>-Anteils in der Lufthülle unseres Planeten zu Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft führen müsste. Und tatsächlich haben verschiedene Forscher diesen Effekt bereits nachgewiesen.**

Allerdings wurde dessen Stärke bislang deutlich zu gering angesetzt. Das ergibt sich aus einem jetzt veröffentlichten *Arbeitspapier des US-amerikanischen National Bureau of Economic Research (NBER) in Cambridge (Massachusetts) mit dem Titel „Environmental Drivers of Agricultural Productivity Growth: CO<sub>2</sub> Fertilization of US Field Crops“* (Ökologische Triebkräfte des landwirtschaftlichen Produktivitätswachstums: CO<sub>2</sub>-Fertilisierung von Feldpflanzen in den USA).

Darin zeigen Charles A. Taylor und Wolfram Schlenker von der Columbia-Universität in New York zunächst anhand statistischer Daten des US-Landwirtschaftsministeriums, dass **der Ertrag bei Mais in den USA seit 1940 um 500 Prozent gestiegen ist, bei Winterweizen und Sojabohnen immerhin um 200 Prozent.**

Danach setzen die beiden Umwelt- und Agrarökonominnen diese **Entwicklung in Relation zum Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts in der Atmosphäre.** Die Zahlenangaben über den Anstieg stammen unter anderem vom Forschungssatelliten der US-Weltraumbehörde NASA sowie der Nationalen Ozean- und Atmosphärenbehörde.

Um den Einfluss anderer Faktoren auf die Ertragslage, wie jährliche Wetteranomalien und Ähnliches, angemessen gewichten zu können, operieren Taylor und Schlenker mit einem selbstentwickelten mathematischen Modell. So kommen sie zum **Ergebnis:**

**50 Prozent der höheren Erträge bei Mais gehen auf den Anstieg des Kohlendioxidgehaltes in der Atmosphäre um vermutlich rund 100 ppm zurück. Im Falle von Sojabohnen und Winterweizen liegt die rein CO<sub>2</sub>-bedingte Steigerung sogar bei 60 beziehungsweise 80 Prozent.**

**Die Studie ist ein schwerer Schlag für Klima-Apokalyptiker, welche im Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts in der Luft lediglich etwas Fürchterliches sehen, dem mit aller Macht begegnet werden müsse.**

**Denn unüberlegter „Klimaschutz“ kann offenbar direkt in die Hungerkatastrophe führen. Vor allem, wenn nicht parallel auch Maßnahmen gegen die Bevölkerungsexplosion ergriffen werden.**

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 03. Dezember 2021, S.12 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

=====

# Operation Blackout\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 11. Dezember 2021

*Beat Gygi (Red. WELTWOCHE)\**

**Die Klimakonferenz in Glasgow hat die fixe Idee gestärkt, der Ausstieg aus der fossilen Energie sei unumgänglich.**

**Die gewaltigen Kosten zeichnen sich bereits ab.**

An der **Klimakonferenz in Glasgow** haben die fast 200 Delegationen zwar wenig beschlossen, aber das durch die Uno organisierte Kartell der Regierungen konnte doch in weiten Kreisen, etwa im Finanzsektor, die Auffassung stärken, dass die Staatsgewalt unter dem Motto «Klima» und «Pariser Ziele» fast **beliebig in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen** könne.

40 000 Mitgereiste dienten zur Bekräftigung der Botschaft. Die Folgen zeigen sich schon im Kleinen. Vorige Woche teilte die Stadt Wetzikon mit, sie erhöhe die Gastarife für die Bezüger auf Anfang 2022 um 66 Prozent. Nötig sei das geworden, nachdem sich in den vergangenen Monaten die Erdgaspreise auf dem Grosshandelsmarkt verdreifacht hätten. Hinzu komme die vom Bund beschlossene Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe im Zuge der Energiestrategie 2050. Für ein Einfamilienhaus werde sich der Gasbezug wohl um etwa achtzig Franken pro Monat verteuern.

So spielt halt der Markt, kann man sagen. Die Preise für Erdöl, Erdgas und Kohle, damit verbunden für Strom, ergeben sich aus Angebot und Nachfrage. Die jüngsten Notierungen erinnern an frühere Hochpreisphasen, wenn auch nicht gerade an das Maximum von 2008, als der Ölpreis 140 Dollar pro Fass erreichte (heute gut 80 Dollar). Jetzt ruft die Konjunkturerholung nach der Corona-Krise auf der ganzen Welt nach mehr Energie. Hinzu kommt das kalte Jahr, das die Nachfrage verschärft; viele erwarten einen harten Winter.

Die Kostenwelle rollt an. Was die Weltbank in ihrem jüngsten Rohstoffausblick von Ende Oktober zeigt, ist eine Art Explosions-Skizze: **Um die 80 Prozent sind die Rohstoff- und Energiepreise dieses Jahr im Durchschnitt gestiegen.** Das dürfte laut Chefökonom Ayhan Kose bis weit ins Jahr 2022 hinein einen Inflationsdruck erzeugen und auf das Wachstum der rohstoffimportierenden Länder drücken – etwa der Schweiz. Der **Erdgaspreis hat sich in Europa 2021 fast verfünffacht, Erdöl verteuerte**



**sich um etwa 70 Prozent, Metalle um fast 50 Prozent.** Und wer mit Bauen zu tun hat, erhält fast wöchentlich die neuen Preislisten für Baustoffe, die heute je nachdem 20 bis 60 Prozent mehr kosten als zu Jahresbeginn. Ist das also das altbekannte Spiel der Märkte? Diesmal einfach mit mehr Schwankungen und Reibungen, weil die Corona-Störungen Lieferketten zerrissen, Produktionsanlagen blockiert und Transporte erschwert haben?

## **Hoffnung als letztes Prinzip**

Nein, diesmal ist es anders. In den Preissteigerungen steckt bereits die Klimapolitik à la Pariser Abkommen: der Klimaaktivismus von Politikern und Interessengruppen, die Klimastrategien von Unternehmen, die Klimaregulierung der Bürokraten. Die Wetziker Gaspreiserhöhung ist auch eine Folge der steigenden CO<sub>2</sub>-Abgaben des Bundes.

Und an vielen Stellen treiben Massnahmen zur Treibhausgasreduktion die Kosten in die Höhe. Öl- und Gasheizungen werden mehr und mehr verboten, müssen herausgerissen und durch teurere Anlagen ersetzt werden, die nebenbei auch Streit unter Nachbarn provozieren, weil Wärmepumpen laut sind. **Steigende Benzin- und Dieselpreise fressen immer mehr vom Haushaltsbudget weg**, die schrittweise gesenkten EU-Normen für den CO<sub>2</sub>-Ausstoss von Autos machen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren vorzeitig zu Schrott, und rot-grüne Behinderungen des Strassenverkehrs machen wertvolle Zeit und gut Laune zunichte.

Es bleibt aber nicht bei nadelstichartigen Kostensteigerungen. Nein, **Klimastrategien**, die aufs Verringern der Treibhausgasemissionen auf netto null 2050 oder irgendwann abzielen, **sind eine grundsätzliche Bedrohung für Wachstum und Versorgungssicherheit.**

Warum? Chris Iggo, Anlagestratege bei der Axa-Versicherungsgruppe, formuliert es diplomatisch – das muss er als Vertreter eines Konzerns auch –, wenn er die Energiepreissteigerungen mit der Energiewende und dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Zusammenhang bringt: Erneuerbare Energien, so seine Analyse, seien noch nicht in ausreichender Menge vorhanden, um die vorherrschende Energiequelle zu sein. Wenn die erneuerbaren Energien bereits in der Lage wären, die zusätzliche Nachfrage zu decken, würden die Preise nicht steigen. Anders gesagt: Die neuen erneuerbaren Energien sind noch viel zu schwach, um der Nachfrage der Wirtschaft zu genügen.

Können denn nicht die traditionellen Energien einfach die Lücke füllen, sodass sich das Angebot der Nachfrage anpasst? Nein, diesmal ist es eben anders. Der explosive Satz bei Iggo lautet: **«Auf der Angebotsseite beginnen Investoren, Kapital aus Öl- und Gasunternehmen abzuziehen, um Technologien in erneuerbaren Energien zu finanzieren.»** Das heisst: Aus dem fossilen Sektor wird Kapital abgezogen, auch wenn die Welt nach Energie hungert. In die sogenannt schmutzige Industrie wird nicht mehr viel investiert, das Kapital fliesst vielmehr in sogenannt saubere Wind- und Solarenergie.

**Fritz Vahrenholt**, promovierter Chemiker, Honorarprofessor an der Universität Hamburg und zusammen mit dem Wissenschaftler Sebastian Lüning Autor des Buches «Unerwünschte Wahrheiten» (2020), sagt es so: «Wir haben mittlerweile eine Situation, in der kaum noch neue fossile Vorkommen erschlossen werden.» Die Finanzbranche rühme sich vor allem gegenüber der EU-Kommission ja immer wieder damit, dass Öl-, Kohle- und Gasexplorationen nicht mehr gefördert und nicht mehr finanziert würden.

Tatsächlich hat Brüssel nach dem Beschluss, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll, für die Finanzwirtschaft einen riesigen Katalog (Taxonomie) zur Einstufung von Investitionen und Finanzinstrumenten erstellt. Auf Hunderten von Seiten werden all die Finanztitel aufgelistet und mit einer offiziellen Nachhaltigkeitsbewertung versehen. Die Notengebung reicht von gut (Solar, Wind) bis böse (fossil). Daraus folgen Bestrafungen und Belohnungen beim Zins. Die Schweiz macht mit; es ist nun sogar Aufgabe der Finanzmarktaufsicht Finma, die Klimarisiken in den Bilanzen der Firmen zu beurteilen, zu überwachen und zu regulieren. Anbindung ans Uno-Kartell.

Viele Investoren, so Vahrenholt, richteten sich ebenfalls auf diese Linie aus, das erzeuge Druck auf die Rohstoffkonzerne, sich vom Kohlegeschäft zu distanzieren. Und Shell habe für die Exploration eines neuen Gasfelds von der britischen Regierung keine Genehmigung erhalten, weil das nicht in die Klimapolitik passe. So bewegten sich die privaten Energieunternehmen in die klimapolitisch erwünschte Richtung, weg von den Fossilen, die nun vernachlässigt würden. **«All das bedeutet, dass wir in eine richtig schwere globale Versorgungskrise hineinlaufen», sagt Vahrenholt.** Klar, staatliche Anbieter am Erdölmarkt aus Arabien, China, Russland würden noch investieren, der Rest aber nicht mehr.

Die Klimapolitiker wollen nicht, dass der Markt spielt. Also nicht: neue Energien entstehen lassen, die den alten überlegen sind und sie verdrängen, sondern: die Klimapolitik unter dem Motto «Paris» darauf fixieren, das immense fossile Angebot kaputtzumachen, die traditionellen Energieformen zu blockieren. Daneben belässt man es bei der Hoffnung, dass irgendwann Solar und Wind stark werden mögen – der Ausgang ist völlig ungewiss.

## **Auch Nahrungsmittel werden teurer**

Schaut man auf das Gesamtbild, stellt man fest: **Das ist ein Irrsinn, den man «Operation Blackout» nennen kann.** Die Grafik rechts oben zeigt den Verbrauch der verschiedenen Energieformen in den letzten 25 Jahren. Erdöl (unterster Streifen) deckt rund einen Drittel der weltweiten Nachfrage, Erdgas (Streifen darüber) etwa ein Viertel. Energie aus Kohle (darüber) macht etwas mehr als ein Viertel aus; die fossilen Formen sind also für etwa neun Zehntel der Weltversorgung verantwortlich. Daneben spielen Kernenergie und Wasserkraft eine gewisse Rolle, und nur der alleroberste dünne Streifen in der Grafik zeigt den

Anteil der neuen Energieformen wie Solar, Wind und Biomasse. Diese 5 Prozent sollen, so die Vorstellungen des Klimakartells, innerhalb einer Generation zu 90 Prozent werden: vom dünnen Rinnsal zum reissenden Strom.

Deutschland und die Schweiz wollen **sogar noch die Kernkraft abschalten** und sich nur noch an den Strohalm Solar/Wind klammern. Jetzt hat der Bund gemerkt, dass **damit die Gefahr von Blackouts massiv erhöht wird**: Im schlimmeren Fall wäre man in der Schweiz ab 2025 pro Jahr fast fünfzig Stunden ohne Strom, im Extremfall 500 Stunden, mit Rationierungen, Winterloch, Betteln um Importe. Unbeirrt war Simonetta Sommaruga in Glasgow für den Ausstieg aus der Kohle, nur das grosse Entwicklungsland Indien hielt an der Konferenz dagegen.

Vahrenholt fügt an, dass mit Blick auf die fossilen Energien ein zentraler Punkt meistens vergessen gehe: **Nahrungsmittelpreise seien an den Ölpreis gekoppelt**. Dünger, Pflanzenschutzmittel, Treibstoffe für Traktoren und Transport, all das beruhe auf Erdöl. Steige der Ölpreis, würden auch die Nahrungsmittel teurer. **«Was die Klimapolitiker in Glasgow taten, ist im Prinzip, dass sie ein Loch in die Suppenteller der Armen in den Entwicklungsländern schlugen.»** Es fange bald an, richtig wehzutun.

)\* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 45 (2021)| 18. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

---

## UN-Klimagipfel : Für Deutschland wird Glasgow ein Desaster\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 11. Dezember 2021

=====

*Hans Heckel (Red. PAZ)\**

Die Politik feiert die Ergebnisse der Weltklimakonferenz als Erfolg für die Welt. Doch es gibt klare Sieger und Verlierer.

## Für Letztere ist das Resultat verheerend.

---

=

Die Abschlussreden des zweiwöchigen UN-Klimagipfels In Glasgow strahlten von Zufriedenheit. „*Es geht voran, alles wird gut*“, jubelte auch eine große deutsche Tageszeitung.

Dass Industrieländer ihre „Klimaschutz“-Investitionen auch in anderen Staaten, etwa in Entwicklungs- und Schwellenländern, tätigen können, um auf diese Weise ihre Klimabilanz zu verbessern, gilt schon seit sechs Jahren. Doch das Verfahren galt als schwer überprüfbar. In der schottischen Hauptstadt wurde nun ein „Regelbuch“ beschlossen, womit die CO<sub>2</sub>-Ausstöße genau gemessen und bilanziert werden können, wie es heißt.

Mit anderen Worten:

**Ein an sich falsches System funktioniert in Zukunft vielleicht ein bisschen besser.** Falsch aber bleibt es, und zwar von Grund auf. China, Indien und andere Schwellen- und Entwicklungsländer mussten sich auf der Konferenz lediglich verpflichten, sich um weitere CO<sub>2</sub>-Reduktion zu „bemühen“. Für Länder wie Deutschland dagegen gelten strenge, klar definierte Zahlen zum Abbau der Emissionen.

**Damit ist die Abwanderung großer Industrien forciert worden, von Deutschland in den Fernen Osten,** wo China sich die Hände reibt. Nicht nur werden die Energiekosten in Deutschland – ohnehin schon die höchsten der Welt – weiter steigen. Auch wird der halsbrecherische rasante Umstieg von grundlastfähigem Strom aus Kohle oder Atom auf die unsicheren Lieferanten Sonne und Wind die Stabilität der deutschen Stromversorgung untergraben. Gleichzeitig sollen immer mehr E-Autos rollen, was den Strombedarf erhöht, und wir sollen Milliarden an Schwellen- und Entwicklungsländer zahlen, damit diese ihre „Klima-Anstrengungen“ auch finanzieren können.

**Wie nach einem verlorenen Krieg**

*Zusammengefasst:*

Die industrielle Basis Deutschlands wird untergraben, Abwanderung von Industrie in Länder mit billigerem und vor allem weiterhin zuverlässigem Strom ist vorherbestimmt. Und diesen Aderlass sollen die Deutschen auch noch selbst bezahlen, solange sie bis zur Zerrüttung ihrer immer noch stolzen Industrie dazu in der Lage sind.

Manch Beobachter fühlt sich angesichts von Glasgow an einen Diktatfrieden nach einem verlorenen Krieg erinnert, an Demontagen und Zwangszahlungen („Reparationen“), die mit Kriegsschuldbehauptungen gerechtfertigt werden. Das Absurde besteht darin, dass es unsere eigenen

Regierungen sind, die ihre Völker wie einst Besiegte dastehen lassen.

Klima-Aktivisten sind tatsächlich in eine verräterische Rhetorik verfallen, die solche Vergleiche stützt. So sprach Greta Thunberg unlängst von der „*historischen Schuld*“, die Deutschland auf sich geladen habe. Womit? Sei meint damit allen Ernstes die Industrialisierung, die seit dem frühen 19. Jahrhundert alle klassischen Industrienationen erfasst hatte.

Dass Wohlstand, Gesundheit oder Freiheit der Lebensgestaltung, wie wir sie heute genießen, ohne diese Pionierleistungen nie denkbar gewesen wären, vergräbt Thunberg unter ihrer Schuldzuweisung. Auch verschweigen die Klima-Apokalyptiker, dass noch nie so wenige Menschen (insbesondere gemessen an der Gesamtbevölkerung) in Naturkatastrophen sterben mussten wie in unserer Epoche, ebenfalls ein direktes Ergebnis der Errungenschaften des hart erarbeiteten industriellen Fortschritts.

Die Klima-Apokalyptiker legen es darauf an, Angst in die Herzen der Menschen zu pflanzen und ihnen aberwitzig begründete Schuldkomplexe einzureden. Warum tun sie das? Weil sie (oder ihre Stichwortgeber) wissen, **dass Schuldgefühle und Angst zwei Treiber sind, mit denen man Menschen und ganze Gesellschaften schon seit jeher gefügig machen und vor sich her jagen konnte.**

Dahinter sind unschwer nationale Ziele (wie im Falle Chinas und anderer), schlichtes Streben nach Macht über die Menschen und nicht zuletzt massive finanzielle Interessen zu erkennen. Und unsere Politik schreitet vorneweg.

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 19. November 2021, S.1; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Hans Heckel** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

---

# Raus aus dem Energiewahnsinn\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 11. Dezember 2021

=====

*Roger Köppel* (Editorial WELTWOCHEN Zürich)\*

**Die Benzinpreise schießen durchs Dach. Die nächste Steigerung droht. Autofahren wird immer teurer. Können es sich bald nur noch die Wohlhabenden und die Reichen leisten? Mobilität ist Freiheit. Diese Freiheit ist in akuter Gefahr.**

=====

Mobilität ist Freiheit. Diese Freiheit ist in akuter Gefahr.

Aber nicht nur die.

Unsere Regierungen scheinen uns an den Gedanken gewöhnen zu wollen, dass wir auf ein Zeitalter ohne Energie zusteuern. Es wird schon fast achselzuckend als unvermeidliche Fügung des Schicksals akzeptiert. **Schweizer Zeitungen geben ihren Lesern Tipps, wie man ohne Strom kochen und leben kann.** Vergesst nicht, genügend Kerzenvorräte anzulegen.

Wie romantisch.

**Es ist, nüchtern betrachtet, der nackte Wahnsinn.**

**Wir sind dabei, industriellen Selbstmord zu begehen.** Und niemand will für den Energiemangel verantwortlich sein. Politik und Wirtschaft schieben sich den Schwarzen Peter zu. In der Schweiz sagt Bundesrätin Simonetta Sommaruga, sie könne auch nichts dafür, wenn die Konzerne nicht mehr in Kraftwerke investieren.

Die Industrie hält dagegen, etwa Axpo-Chef Christoph Brand. Politische Entscheidungen hätten den Ausschlag gegeben, dass sich viele Energie-Investitionen nicht mehr lohnen.

**Wer hat recht?**

Christoph Brand hat recht. Die Industrie wird zu Unrecht attackiert. Es grenzt an Hohn, wenn die gleichen Politiker, die vor zehn Jahren den kopflosen, überstürzten Ausstieg aus der Kernkraft befohlen haben, nun so tun, als hätten sie rein gar nichts mit dem Versorgungsdebakel zu tun, dessen Auswirkungen in den Konsumentenpreisen längst zu spüren sind.

Nennen wir es **Planwirtschaft ohne Plan**. Der Staat hat durch sein Reinpfuschen in die heiklen, austarierten Gleichgewichte einer einst funktionierenden Energie-Industrie allerlei unerwünschte, eben typisch planwirtschaftliche Nebenwirkungen hervorgerufen.

Zum Beispiel soll der Ausstieg aus der fossilen Energie erzwungen werden. Öl, Erdgas und Kohle stehen auf der Abschussliste der Politiker. Da man gleichzeitig die klimafreundliche Kernkraft abstellt, **hat niemand eine Ahnung, woher der Strom dereinst kommen soll**.

Ach ja, weil die Staaten den Personenverkehr zwangselektrifizieren wollen, treiben sie die Nachfrage nach Strom, den es nicht geben wird, massiv noch weiter nach oben.

Selbstverständlich geraten die Benzinpreise ausser Rand und Band, wenn die Staaten alles tun, um den Unternehmen das Geschäft mit dem Erdöl zu vermiesen. Das Angebot geht zurück, die Nachfrage zieht wieder an, die Preise gehen durch die Decke.

**Wie weiter?**

**Wir müssen raus aus dem verfehlten, selbstverschuldeten Energiewahnsinn.** Der Zusammenbruch unserer Energieversorgung ist nicht Science-Fiction. Es ist das realistische Szenario, wenn wir nicht Gegensteuer geben. Die Folgen, auch die sozialen, wären verheerend.

Die Schweiz hat mit ihrer direkten Demokratie einen Vorteil. Die Dummheiten der Politik kommen schneller ans Licht. Bereits melden sich alarmiert die Unternehmer. Sie sind die Wachrüttler des energiepolitischen Himmelfahrtskommandos in Bundesbern.

Der Schweizer Kernkraftausstieg ist umgehend aufzuheben. Wir müssen die Energieversorgung deblockieren, entfesseln, befreien aus den Klauen der Klima-Ideologen. Technologie- und faktische Forschungsverbote darf es nicht geben.

Zum Beispiel: Im radioaktiven Müll stecken ungeahnte Energiereserven. Sie müssen erst noch gehoben werden. Europa hat sich aus der Forschung verabschiedet, die Chinesen wiederum machen mit Hochdruck vorwärts. Wollen wir diese Zukunftsfelder einfach preisgeben?

Es gilt, den industriellen Selbstmord zu verhindern. Die Bürgerlichen sind gefordert. Sonntagspredigten über eine bessere Zusammenarbeit sind schön. Mal sehen, wie ernst sie es meinen. Bald können die Prediger den Tatbeweis erbringen.

Bis jetzt stand die SVP allein. FDP und Ex-CVP, heute «Die Mitte», machten mit beim Kernkraft-Ausstieg. Auch die Medien bejubelten den Blindflug. Kommt jetzt Einsicht?

Es ist Zeit für Realismus. Die **Rückkehr zur Energie-Vernunft** ist das

grosse Gemeinschaftsprojekt der Bürgerlichen. Nach Jahren eitler Grabenkämpfe könnten sie endlich wieder zusammenfinden. **R. K.**

=====

)\* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 45 (2021)| 11. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Roger Köppel** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====